DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Christoph Klein:

- In der aktuellen öffentlichen Debatte gerät das bisherige konsensuale Bekenntnis zum Sozialstaat und zu sozialer Gerechtigkeit zunehmend ins Hintertreffen
- Die stärkere Betonung von Eigenverantwortung und Treffsicherheit sozialer Leistungen beruht auf handfesten Interessen – es geht um die Reduktion der Kosten des Sozialstaats, um eine Umverteilung nach oben und darum, die Menschen verfügbarer zu machen für jegliche Arbeits- und Lohnbedingungen
- Eines der zentralen Handlungsfelder der Sozialpolitik ist das Arbeitsrecht, wo es darum geht, strukturelle Ungleichgewichte auszugleichen. Ein Arbeitsrecht nach dem Prinzip der Selbstverantwortung würde jeder Realität des Arbeitslebens Hohn sprechen
- Ein weiteres zentrales Handlungsfeld ist die soziale Sicherheit. Die Forderung nach einer Lockerung von sozialen Rechten und Ansprüchen geht an den sozialen Realitäten vorbei. Vielmehr geht es darum, bestehende Lücken zu schließen (z.B. bei prekären Beschäftigungsformen)
- Eine weitere wichtige Grundsäule der sozialen Gerechtigkeit bilden starke Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen durch Gewerkschaften, Arbeiterkammern und die betriebliche Mitbestimmung
- Soziale Gerechtigkeit muss auch weiterhin gestärkt und als Rückgrat unserer Gesellschaft bewahrt werden

Frank Nullmeier:

- Die letzten Jahre sind von einer neuen sozialpolitischen Rhetorik gekennzeichnet: neben ältere Begriffe wie Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit treten neue wie: Chancen-, Bildungs-, Teilnahme-, Geschlechter-, Familiengerechtigkeit
- Auch dem Sozialstaat werden neue Attribute zugeschrieben: nach dem aktivierenden ist nun die Rede vom investiven und vorsorgenden Sozialstaat
- Der Begriff der Generationengerechtigkeit ist vielschichtig: er kann sich auf das Verhältnis zwischen den heute Alten und den heute Jungen beziehen, kann z.B. aber auch auf Alterskohorten abstellen. Da Privilegierungen in der

Sozialpolitik in Diskussion, Band 6/2007: Seiten 53–56

Vergangenheit nicht aufzuheben sind, ist eine allgemeine schlechtere wirtschaftliche Situation immer eine „Ungerechtigkeit“. In dem Sinne ist Generationengerechtigkeit nicht herstellbar

- Zum Begriff Eigenverantwortung stellt sich vor allem die Frage, was in hochgradig vernetzten Gesellschaften noch eigenständig verantwortet werden kann? So hängt die Alterssicherung de facto von einer Vielzahl von Marktentwicklungen ab (auf Arbeitsmärkten, auf Finanzmärkten, etc). Vieles was der Eigenverantwortung zugeordnet wird, ist in hohem Maße fremdbestimmt

- Der Begriff der Teilhabe stammt aus den frühen 1950er Jahren, damals zielte er u.a. auf die dauerhafte Sicherung der Teilhabe durch politisch-öffentliche Maßnahmen und Institutionen ab. Bei der neueren Diskussion über Teilhabegerechtigkeit geht es demgegenüber nur noch um die Chance zur Mindestteilhabe

- Beim vorsorgenden Sozialstaat wird das Schwergewicht von „nachsorgenden“ Transferleistungen (Alterssicherung, Krankenversicherung etc.) auf präventive Maßnahmen verlagert, v.a. hin zu den Bereichen Bildung und Familie. Prävention kann jedoch nie so erfolgreich sein, dass Nachsorge nicht mehr nötig ist. Zudem wird die Verantwortung für die Vorsorge zu den Individuen verschoben

- Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens wird als Alternative zur Integration in den Arbeitsmarkt diskutiert und stellt den größten Bruch mit dem Bismarckschen System dar, denn es verzichtet auf eine Bindung der Sozialleistungen an Erwerbsarbeit. Die Frage ist jedoch, inwieweit es bestimmte Probleme im Sinne bestimmter Ziele lösen kann, oder ob die negativen Folgen überwiegen

- Wichtig ist, dass der normative Gehalt sozialpolitischer Reformen stärker hinterfragt wird und dass Politik ihre Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnt, nicht zuletzt auch im Rahmen einer Europäisierung der Sozialpolitik

Martin Kronauer:

- Aktuelle Studien in Deutschland zeigen eine massive Unzufriedenheit mit Entwicklungen, die dem sozialen Gerechtigkeitsempfinden widersprechen: so empfinden 50% der Befragten ihr Leben als ständigen Kampf, gleichzeitig halten 83% soziale Gerechtigkeit für wichtig

Sozialpolitik in Diskussion, Band 6/2007: Seiten 53–56

- Gegenwärtige Entwicklungen in kapitalistisch hoch entwickelten Ländern verletzen zentrale Gerechtigkeitsprinzipien, mit denen diese Wirtschafts- und Gesellschaftsformen bisher legitimiert wurden

- Das Brüchigwerden der Legitimationsgrundlage „Leistungsgerechtigkeit“ zeigt sich am deutlichsten an den beiden Polen: am einen Ende die Langzeitarbeitslosen, die keine Chance haben, sich am Leistungsprinzip bewähren zu können und am anderen Ende die Einkommen von Topmanagern

- Die neue Qualität sozialer Ungleichheit kann auf einen tiefgreifenden Wandel sozialer Normen zurückgeführt werden, wobei „Geld machen“ zum alleinigen Maßstab des Erfolgs geworden ist

- Die nach dem Zweiten Weltkrieg realisierte Kombination von Sozialstaatlichkeit und relativer Vollbeschäftigung war immer in zentralen Punkten unvollkommen. Steigende Arbeitslosigkeit und Atypisierung der Beschäftigung haben dies noch verschärft. Mit dem Wandel vom Manager- zum Investorenkapitalismus gehen neue soziale Spaltungen einher, die die bisherige vertikale Klassen- und Schichtungsstruktur überlagern, ohne sie außer Kraft zu setzen

- Eine der Folgen ist eine Krise des Sozialen: Regeln und Institutionen, die Wechselseitigkeiten im gesellschaftlichen Zusammenleben gewährleistet haben, verlieren an Kraft, ohne dass an ihre Stelle alternative, gar erweiterte Partizipationsmöglichkeiten treten

- Das Kernproblem ist, wie soziale Wechselseitigkeiten auf eine neue und demokratisch-partizipatorische Weise gestärkt werden können

- Erforderlich ist eine neue „Politik des Sozialen“. Diese hätte die Aufgabe, die Erwerbsarbeit und den sozialen BürgerInnenstatus als zwei wesentliche Quellen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Teilhabe auf eine neue Weise miteinander in Beziehung zu setzen und den BürgerInnenstatus gegen eine zu enge Bindung an den jeweiligen Erwerbsstatus zu verteidigen

Regina Becker-Schmidt:

- Der in der Industriesoziologie dominante Arbeitsbegriff ist nach wie vor erwerbszentriert: die Relevanz der häuslichen Versorgung für die Regeneration der Arbeitskraft bleibt zwar unbestritten, es wird jedoch nicht thematisiert, zu wessen Lasten das geht und mit welchen Formen ungleicher geschlechtlicher Arbeitsteilung dies verbunden ist. Unberücksichtigt bleibt auch die Reproduktionssphäre als Bereich, in dem für den Fortbestand der Gesellschaft unentbehrliche Arbeit geleistet wird

Sozialpolitik in Diskussion, Band 6/2007: Seiten 53–56

- Die Ansätze zur „Subjektivierung der Arbeit“ (mit der Frage nach dem verschärften Zugriff auf individuelle Potenziale und Motivationsstrukturen im forcierten Kapitalismus) und zur „Entgrenzung der Arbeit“ (mit der Frage nach der Verflüssigung traditioneller Trennlinien zwischen der Privatsphäre und marktvermittelten Arbeitsbereichen) bedürfen vor diesem Hintergrund einer geschlechtsbezogenen Differenzierung

- Die Debatte zur „Subjektivierung“ hat neue Forschungsperspektiven eröffnet und u.a. in den Blick gebracht, dass der neoliberale Kapitalismus auf den „ganzen Menschen“ zugreift. Allerdings hat es diese gesellschaftliche Inanspruchnahme von Subjektpotenzialen, die mehr umfassen als nur sachbezogene Fähigkeiten, in der Reproduktionssphäre immer schon gegeben

- Auch im Forschungsfeld „Entgrenzung von privaten und öffentlichen Sphären“ wurde die Kategorie Geschlecht bisher nicht systematisch aufgenommen. Für Frauen besteht diese „Entgrenzung“ jedoch schon seit ihrer Integration in die Lohnarbeit

- Die privat organisierte Hausarbeit und die marktvermittelte Erwerbsarbeit unterliegen nach wie vor einer Hierarchisierung, die gesellschaftlich nicht zu rechtfertigen ist; dies bekommen v.a. Frauen zu spüren: sie müssen bedenken, was sie verlieren, wenn sie in einem der beiden Bereiche – Familie oder Beruf – Abstriche machen

- Erforderlich ist eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs: Arbeit hat „Ensemblecharakter“ und das Arbeitsensemble von Frauen in modernen Gesellschaften weist große Unterschiede zum Arbeitsensemble von Männern auf; das Spezifische im Arbeitsensemble von Frauen liegt nicht einfach im Quantum ihrer Aufgaben: im Hin und Her zwischen unterschiedlich gestalteten Arbeitsplätzen sind täglich Umstellungsprobleme zu bewältigen. Dazu kommt, dass es für Grenzgängerinnen, die Familie und Beruf täglich im Spagat überbrücken müssen, wenig gesellschaftliche Unterstützung gibt, in keiner der separierten Sphären wird Rücksicht darauf genommen, was jeweils auf der anderen Seite der Trennlinie an Arbeit geleistet werden muss

- Es bedarf daher einer Familien- und Beschäftigungspolitik, die die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Privaten und Öffentlichen forciert und für Erwerbsarbeitsbedingungen sorgt, die Frauen und Männern die Einlösung familialer Verpflichtungen ohne Einschränkungen ermöglicht

- Eine Neuordnung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, bzw. eine gerechte Verteilung von marktvermittelter und privater Arbeit zwischen den Geschlechtern ist nicht nur ein Gebot sozialer Vernunft, sondern auch eines der Solidarität zwischen den Geschlechtern

Sozialpolitik in Diskussion, Band 6/2007: Seiten 53–56